

Sehr verehrte Anwesende

Liebe Freunde und Freundinnen,
liebe Kollegen und Kolleginnen,



Schon der „Eiserne Kanzler“ und Sozialistenfresser, Fürst Otto von Bismarck, hat gesagt: „Es wird niemals so viel gelogen wie vor der Wahl, während des Krieges und nach der Jagd.“

Er musste es wohl wissen.

Der Volksmund weiß auch: „Das Erste, was im Krieg stirbt, ist die Wahrheit!“

Mit dem Überfall auf Polen hat Nazideutschland heute vor 76 Jahren den Zweiten Weltkrieg begonnen. Am Anfang stand die Lüge eines polnischen Überfalls auf den Sender Gleiwitz.

Dieser Krieg hat unermessliches Leid über die Welt gebracht.

60 Millionen Tote waren die Folge der menschenverachtenden Politik der Nazis. Diese ungeheure Zahl übersteigt das Vorstellungsvermögen der meisten Menschen. Und je weniger Zeitzeugen es noch gibt, desto größer ist die Gefahr, dass das Grauen dieses Krieges nur noch als abstrakter Superlativ in den Köpfen der Menschen präsent ist.

Umso wichtiger ist es, die Erinnerung, welches menschliche Leid Krieg verursacht hat, wach zu halten.

Erinnerung und Gedenken sind aktive Prävention gegen das Wiederaufleben menschenverachtender Ideologien oder auch dem gleichgültigen Wegschauen.

„Nie wieder Faschismus!“ muss als Lehre aus unserer Vergangenheit in unserer Gesellschaft fest verankert sein. Nazis dürfen keinen Platz in unserem Land haben – weder alte noch neue. Es ist unerträglich, dass die NPD immer noch staatliche Mittel der Wahlkampfkostenerstattung bekommt und deutsche Polizisten gezwungen sind, ihre Aufmärsche und Versammlungen zu schützen.

Die IG Metall und der DGB fordern deshalb schon lange ein Verbot der NPD! Es wird hoffentlich nun nicht mehr daran scheitern, dass von Steuergeldern bezahlte Spitzel in dieser Partei vor der Enttarnung geschützt werden müssen.

Natürlich wissen wir: Ein Verbot allein sorgt noch nicht dafür, dass auch diese menschenverachtende Ideologie aus der Welt geschafft ist.

Aber es wäre ein Anfang und ein deutliches Zeichen auch in die Gesellschaft hinein, damit Wahlerfolge sich nicht mehr wiederholen, wie sie die NPD insbesondere im Osten Deutschlands erzielt hat.

Wir wollen ein Land der Toleranz, Menschlichkeit und Demokratie –
Fremdenfeindlichkeit und Rassismus darf bei uns keinen Platz haben!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

verehrte Anwesende,

„Nie wieder Krieg!“, das ist die zweite zentrale Botschaft des Antikriegstages. In Deutschland sind wir nach der Befreiung vom Faschismus vom Krieg verschont geblieben.

Aber das gilt noch nicht einmal für ganz Europa und schon gar nicht für viele andere Länder der Welt. Unsere Hoffnungen auf eine friedlichere Welt ohne Kriege haben sich leider nicht erfüllt.

Zur Zeit haben wir 21 Kriege und in mehr als 420 Krisenherde weltweit !!!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

„Die Waffen nieder!“ - Noch nie ist die historische Losung Bertha von Suttners so berechtigt gewesen wie in diesen Tagen und Wochen. Jenseits der religiösen Konfliktlinien trägt auch der Westen in vielen Fällen Schuld an der Gewalteskalation.

Allein die Barbarei, die weite Teile Syriens und des Iraks mit dem täglichen Terror vom „Islamischen Staat“ beherrscht, ist eine direkte Folge der Verwüstung und Zerschlagung staatlicher und gesellschaftlicher Strukturen durch den Angriffskrieg der US-Regierung im vergangenen Jahrzehnt - auf Grund deren ungebrochener Gier nach Öl.

„Die Waffen nieder!“ - Dieser Aufruf Bertha von Suttners am Vorabend des 1. Weltkriegs hat mehr als 100 Jahre später wieder traurige und aufrüttelnde Aktualität erlangt. 21 Kriege weltweit, jeden Tag sterben Hunderte Menschen. Überall setzen die maßgeblichen Kräfte zur Durchsetzung ihrer Interessen ausschließlich auf Gewalt. In den meisten Krisengebieten trägt der Westen - USA, EU und Deutschland - eine große Verantwortung für ein Ende der Gewaltspirale.

Mit einer weiteren Eskalation droht der Untergang der Europäischen Idee, tragen wir Europäer eine Mitschuld an Nationalismus und Hass für Generationen.

Für mich gilt – und ich glaube für uns alle hier heute abend

Ärzte statt Soldaten, Essen und Medikamente statt Waffen sowie sicheres Asyl und keine Abschottungspolitik – das ist es, was die gepeinigten und geschundenen Menschen in den Krisen- und Kriegsgebieten jetzt von Deutschland brauchen.

Ich schließe mich den Apellen der weltweiten Friedensbewegung an:

Wirtschaftliche Sanktionen, einseitige Parteinahme, Waffenlieferungen und mediale Schuldzuweisungen sind völlig ungeeignet, das Klima für notwendige Gespräche zu schaffen.

Gespräche über gemeinsame Sicherheit statt Konfrontation!

Politik und Medien müssen deeskalierend wirken und Feindbilder abbauen!

Liebe Freundinnen und Freunde,

Rüstung tötet, auch im Frieden. Dieses schon etwas betagte Motto der Friedensbewegung gilt nach wie vor.

Die Exporte von Waffen und ihre unkontrollierte Weitergabe tragen weltweit dazu bei, dass Menschenrechte verletzt werden. Sie halten eine Todesspirale in Gang. Statt die dunklen Kanäle zu verstopfen, aus denen Terroristen wie der „Islamische Staat“ und andere ihre Waffen beziehen, wird ihr Terror wiederum mit Waffen bekämpft.

Dieser Teufelskreis muss durchbrochen werden. Mindestanforderung ist, dass die deutschen Rüstungsexportgesetze endlich eine verbindliche Menschenrechtsklausel

erhalten. Und dass das Parlament endlich bei Entscheidungen über Waffenexporte einbezogen wird.

Wir dürfen uns dabei die Anmaßung der US-amerikanischen Politik nicht zu eigen machen, die Welt in Falsch und Richtig, in Gut und Böse einzuteilen. Nicht in ideologischer, nicht in religiöser, nicht in wirtschaftlicher und auch nicht in militärischer Hinsicht.

Deutsche Außenpolitik muss von den Zielen Abrüstung, zivile Hilfen und fairer Handel geprägt sein, nicht von militärischen Interventionen. Im Vordergrund muss das Bemühen stehen, allen Menschen ein Leben ohne Not zu sichern, ihnen Sicherheit vor Armut, Krankheit, Ausgrenzung und Verletzung ihrer Menschenrechte zu geben.

Eine Politik der Abrüstung und Konfliktprävention, der sozialen Gerechtigkeit und der internationalen Solidarität, die wir wollen, muss statt in militärische Aufrüstung in sozial-, bildungs- und arbeitsmarktpolitische Aufgaben investieren.

Nur so kommen wir dem Frieden näher.

Denn nur wer nicht hungert, wer nicht friert, wer gut ausgebildet ist und durch Arbeit seine Existenz sichern kann, ist gegen Ausbeutung, Extremismus und Fanatismus gefeit.

Soziale Gerechtigkeit ist die beste Waffe im Kampf gegen eine der wesentlichen Ursachen für Terror und kriegerische Auseinandersetzungen.

Liebe Freundinnen und Freunde,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
in Kriegen gibt es immer auch wirtschaftliche Profiteure.

Deutschland stand in den letzten Jahren an dritter Stelle der Rüstungsexportländer. Nach den USA und Russland. Das ist für uns kein Spitzenplatz, auf den wir stolz sein können, liebe Freundinnen und Freunde!

Wir wollen nicht, dass das so weitergeht.

Denn ein Bruchteil der 1,7 Billionen Dollar, die weltweit für Rüstung ausgegeben werden, würde ausreichen, die wichtigsten Millenniumsziele der Vereinten Nationen zu erreichen:

Die Halbierung der Armut, die Versorgung aller Menschen mit sauberem Wasser, mit Gesundheitsdiensten und mit Bildung.

Dahinter steckt ein System der Umverteilung von unten nach oben, von arm zu reich. Das gibt es nicht nur im weltweiten Kontext.

Auch in Deutschland verläuft über 20 Jahre nach dem Mauerfall die Grenze nicht mehr an der Elbe, sondern zunehmend zwischen oben und unten, liebe Freundinnen und Freunde!

Das müssen wir ändern. Dieses System müssen wir durchbrechen. Das sage ich als Gewerkschafterin. Das sage ich aber auch als Friedensfreundin.

Denn diese Ungerechtigkeit in der Welt ist eine Hauptursache für kriegerische Auseinandersetzungen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich weiß: Beschäftigte in den Rüstungsbetrieben, viele von ihnen Mitglieder der IG Metall, fürchten sinkende Rüstungsausgaben und -aufträge.

Nicht weil sie Krieg wollen. Sie haben schlicht Angst um ihre Arbeitsplätze und Einkommen, mit denen sie sich und ihre Familien über Wasser halten.

Wir brauchen die Umstellung von militärischer auf zivile Produktion. So wie es das berühmte Denkmal vor dem Hauptgebäude der Vereinten Nationen in New York symbolisiert: Schwerter zu Pflugscharen!

Die aktuelle Debatte um Rüstungsexporte hat ja auch ihre gute Seite, finde ich: Seit langem wird mal wieder breit und öffentlich über Alternativen diskutiert!

Es hat ja Initiativen der IG Metall und von betrieblichen Kolleginnen und Kollegen aus Rüstungsbetrieben gegeben, von militärischer auf zivile Produktion umzuschalten. Es gibt sie immer noch. Und sie können Erfolge vorweisen.

Zum Beispiel unsere Kollegen aus dem militärischen Schiffbau. Sie haben früh erkannt, dass sie ihr Know-how auch dafür nutzen können, auf dem Meer Windkraftträder zu bauen. Das ist, wie wir wissen, mittlerweile ein Zukunftsprojekt im Rahmen der Energiewende.

Aber solange die Politik die Scheunentore für den Rüstungsexport weit offen lässt und die Rüstungskonzerne bombig verdienen, haben solche Initiativen wenige Chancen. Rüstungsexporte machen weniger als ein Prozent aller auf dem Weltmarkt verkauften Güter aus Deutschland aus.

Rund 100.000 Menschen arbeiten in Betrieben der Rüstungsindustrie. Allein die Windkraft beschäftigt mehr Menschen (118.000).

Da sollten wir keine Angst vor Umstrukturierung haben. Da haben wir schon viel härtere Brocken bewegt. – Wovon reden wir hier im Pott ???

Und wir wissen auch, dass das ein langer Weg ist, den wir da gehen.

Im Übrigen behaupte ich: Auch die Metallerinnen und Metaller, die heute noch Waffen oder anderes militärisches Gerät bauen, würden lieber heute als morgen zivile Güter herstellen. Und für die übergroße Mehrheit der hoch qualifizierten Fachleute, Ingenieure, Maschinenbauer oder Computerspezialisten, die in dieser Branche arbeiten, gibt es in der zivilen Wirtschaft einen unmittelbar hohen Bedarf.

Die Rüstungsindustrie wäre also gut beraten, sich schon jetzt ein zweites Standbein aufzubauen. Schwerter zu Pflugscharen – der notwendige Umbau der Produktion findet sonst ohne die Betriebe der Rüstungsindustrie statt.

Ich sage aber auch: Dieser Weg hin zu Konversion und zu zivilen statt militärischen Gütern kann nur mit den Beschäftigten, nicht gegen sie entwickelt werden. Dazu gehört zu allererst: Die Politik muss Rüstungsexporten enge Grenzen setzen.

Ich fordere die Bundesregierung auf, die undurchsichtige Genehmigungspraxis ihrer Vorgänger für Rüstungsexporte transparenter zu machen. Ich fordere sie weiter auf,

das Parlament endlich bei Entscheidungen über Waffenexporte einzubeziehen statt in Geheimgremien entscheiden zu lassen.

Wir bleiben dabei und lehnen gerade hier und heute die militärische Logik ab, die uns vor mehr als 100 und vor 76 Jahren in zwei Weltenbrände geführt hat.

Liebe Freundinnen und Freunde,

liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich bin überzeugt: Wir können die Probleme, die es auf unserer Erde gibt, nur zivil lösen. Dafür müssen wir das Militärische stoppen, und zwar überall!

In den Köpfen, in den Medien und in der Politik.

Eva Kerkemeier,

DGB Vorsitzende Bochum, 1. Bevollmächtigte der IGMetall Bochum Herne

- Es gilt das gesprochene Wort. -